

Stadtrats-Sitzung

abgehalten am 6. September 1920.

Gegenwärtig:

1. Vorsitzender:

- I. Vorsitzender: Karl Mayer
- II. Vorsitzender: Wolfgang Graßl

2. Die bürgerlichen Stadträte:

- | | |
|----------------------|--------------------|
| <u>Söldl</u> | <u>Hoffmann</u> |
| <u>Hambel</u> | <u>Spold mppf.</u> |
| <u>Recht</u> | <u>Göring</u> |
| <u>Kernmann</u> | <u>Heiß</u> |
| <u>Lehner</u> | <u>Scherer</u> |
| <u>Metzger mppf.</u> | <u>Jugumos</u> |
| <u>Hartl</u> | <u>Bachmeier</u> |
| <u>Bärner</u> | <u>Fehr</u> |
| <u>Schabacher</u> | <u>Fremmel</u> |

3. Christoph Huber Sattler

Numer des Vertrags	Numer des Exhib.	Referent	Gegenstand
5	4346		Ballenverteilung I unter dem Post- fiskus
6			Waldverpachtung der Stadt Neuburg a. d.

Beschluss
<p>Die Ballenverteilung I unter dem Postfiskus, welche früher dem Magistrate der Stadt Neuburg a. d. Donau, wurde, wird nunmehr an den Magistrat der Stadt Neuburg a. d. Donau übertragen. Die Kosten der Vertheilung sind aus dem Postfiskus zu bestreiten.</p> <p>Der Magistrat der Stadt Neuburg a. d. Donau ist beauftragt, die Verpachtung der Waldungen der Stadt Neuburg a. d. Donau zu bewerkstelligen. Die Verpachtung soll auf 10 Jahre für das Jahr 1840 an den Magistrat der Stadt Neuburg a. d. Donau übertragen werden. Die Kosten der Verpachtung sind aus dem Postfiskus zu bestreiten.</p> <p>Der Magistrat der Stadt Neuburg a. d. Donau ist beauftragt, die Verpachtung der Waldungen der Stadt Neuburg a. d. Donau zu bewerkstelligen. Die Verpachtung soll auf 10 Jahre für das Jahr 1840 an den Magistrat der Stadt Neuburg a. d. Donau übertragen werden. Die Kosten der Verpachtung sind aus dem Postfiskus zu bestreiten.</p>

III. Den Protestanten der Ortschaft Gietelhausen, Gemeinde Ried, wird der gastweise Besuch dieser Schule in widerruflicher Weise weiter gestattet. Dafür leistet die Gemeindekasse von Ried einen vertragsmässigen Zuschuss von jährlich 300 A. zu dem sächlichen Bedarf der Schule und zu den Wohnungsentschädigungen für die beiden Lehrkräfte.

Ausserdem übernimmt die Gemeindekasse Ried die gesamten Kosten der Lernmittel für die Schüler der Ortschaft Gietelhausen. Sollte eine weitere Lehrkraft für die prot. Schule in Neuburg a.D. notwendig werden, dann ist der vorbezeichnete Zuschuss der Gemeinde Ried von 300 A. auf 500 A. pro Jahr zu erhöhen.

Die Vertreter von Ried und Gietelhausen werden die hierzu erforderlichen Gemeinderatsbeschlüsse noch beibringen.

IV. Dem prot. Pfarramte Neuburg a.D. ist zu gestatten, den gesamten Religions- und Konfirmanden-Unterricht unter Benützung des Schulinventars in den Schulzimmern der prot. Schule abhalten zu dürfen.

Dem Kommissionsbeschlusse ist der Stadtrat Neuburg a.D. in seiner Sitzung vom 10. November 1919 einmütig beigetreten. Eine Ergänzung dieser Beschlüsse erfolgte vom Stadtrat am 22. Dezember 1919 und 8. März 1920. Dem Gemeinderat Ried wurden diese Beschlüsse zugestellt und derselbe hat mit einer direkt an die Regierung eingereichten Erklärung vom 10. Dezember 1919 die Annahme dieser Bedingungen verweigert und verlangt, daß die protestantischen Kinder von Gietelhausen ohne Entschädigung hierfür in die prot. Schule in Neuburg a.D. zugelassen werden.

Die Verhandlungen wurden mit Bericht vom 2. Dezember 1919 der Regierung vorgelegt. Dieselbe hat mit Entschliessung vom 17. März 1920 veranlasst, daß sich der Stadtrat als Vertreter der Stadtgemeinde Neuburg a.D. zur Sache beschlussmässig äussere. Dies hat der Stadtrat in einer beschlussmässigen Erklärung vom 14. Juni 1920 befolgt und die Regierung hat hierauf den Stadtrat beauftragt, in seiner Eigenschaft als Bezirkspolizeibehörde nach Einvernahme der Beteiligten erstinstanziellen verwaltungsrechtlichen Bescheid zu erlassen.

Den Beteiligten wurde von der Sachlage mit Verfügung vom 6. Juli 1920 Kenntnis gegeben und sie zur weiteren Antragsstellung aufgefordert.

Die Bezirkspolizeibehörde ist den Beschlüssen des Stadtrates beigetreten.

Der Gemeinderat Ried hat mit Zuschrift vom 24. Juli 1920 erklärt, daß er gar keinen Anlass zu irgend einer Erklärungsabgabe habe, weil die Regierung am 17. März 1920 entschieden hat, daß die Protestanten von Gietelhausen zum prot. Schulsprengel Neuburg a.D. gehören.

Die prot. Kirchenverwaltung Neuburg a.D. hat ihre bereits gestellten Anträge wiederholt und das prot. Stadtpfarramt hat sich denselben angeschlossen. Weitere Anträge sind nicht eingegangen.

Die rechtliche Würdigung der Sache ergibt Folgendes:

Nach den Erklärungen der Beteiligten besteht Streit darüber, ob die Protestanten von Gietelhausen zum Sprengel der prot. Schule in Neuburg a.D. vom 1. Januar 1920 ab gehören oder nicht.

Die Zuständigkeit der Stadtrates Neuburg a.D. in seiner Eigenschaft als Bezirkspolizeibehörde in dieser Streitsache ist im Hinblick auf § 19, § 38 Abs. 2 und 3 und § 50 der Formationsverordnung vom 17. Dezember 1825 und Art. 10 Ziff. 17 des Gesetzes über die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes und das Verfahren in Verwaltungsrechtssachen vom 8. August 1878 in jetziger Fassung gegeben.

Zuerst ist der Charakter der Schule festzustellen.

Die prot. Schule in Neuburg a.D. ist im Jahre 1851 auf Grund der Verordnung vom 22. Januar 1815, allgemeine Bestimmung der Schulsprengelverhältnisse betr., als eine Parochialschule für den Pfarrsprengel der prot. Pfarrei Neuburg a.D. errichtet und derselben die Protestanten von Gietelhausen zugeteilt worden.

Die prot. Schule in Neuburg a.D. hat also bis zur Übernahme als öffentliche Volksschule der Stadt Neuburg a.D. - 1. Januar 1920 - den Charakter einer konfessionellen Schule besessen. Dies steht fest durch die ganze Art der bisherigen Verwaltung und Geschäftsführung der prot. Schule, die ausschliesslich durch die

prot. Kirchenverwaltung in Neuburg a.D. ausgeübt wurde. Auch der Bedarf der Schule ist nach diesen Bestimmungen bis zum Jahre 1861 nur von den prot. Pfarrangehörigen gemeinschaftlich und dann aus Kreismitteln aufgebracht worden. Erst vom Jahre

1861 an hat die Stadtgemeinde Neuburg a.D. für den Unterhalt der prot. Schule zuerst kleinere und dann später 1918 größere freiwillige Zuschüsse unter dem Vorbehalte "ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung" abgegeben. Eine Beitragspflicht der Stadtgemeinde Neuburg a.D. bestand nicht, weil nach der massgebenden Bestimmung des Art. V des Umlagengesetzes vom 22. Juli 1819 kein Staatsbürger verbunden war, zur Befriedigung der Bedürfnisse von Schulen einer Religionspartei, zu welcher er nicht gehört, mittelst Umlagen beizutragen.

Nach dem Dargelegten steht fest, daß die Protestanten von Gietelhausen im Jahre 1851 von der Gemeindeschule Ried zur Parochialschule für den prot. Pfarrsprengel Neuburg a.D. zugeteilt wurden. Eine Einschulung derselben zu einer gemeindlichen Volksschule der Stadt Neuburg a.D. hat niemals stattgefunden und konnte auch gar nicht stattfinden, denn schon damals bestand

die bestimmte Regel, dass alle schulpflichtigen Kinder einer Gemeinde ohne Unterschied der Konfession zum Sprengel der Gemeindeschule zu zählen und anzuhalten sind. Die Ortschaft Gietelhausen gehört auch jetzt noch zum Verbands der Gemeindeschule in Ried. Daran hat die seinerzeitige Zuteilung zur Parochialschule des prot. Pfarrsprengels Neuburg a.D. nichts geändert. Bei Bildung neuer Schulsprengel musste immer auf benachbarte Orte mit Rücksicht genommen werden. Die Ortschaft Gietelhausen ist mit den Gemeinden Bittenbrunn und Ried unmittelbar benachbart, aber nicht mit Neuburg a.D. Die Schulkinder müssen den mehr als 4,5 Kilometer weiten Weg zuvor durch die beiden genannten Gemeindebezirke nehmen, um nach Neuburg a.D. zu gelangen. Nach der Aktenlage hatten sowohl die prot. Kirchenverwaltung Neuburg a.D. als auch die Protestanten der Ortschaft Gietelhausen und die Gemeinde Ried keinen anderen Standpunkt vertreten. Sie betrachteten den Schulbesuch in Neuburg a.D. selbst als einen gastweisen. Sogar die Regierung hat mündlich und schriftlich der Stadtgemeinde Neuburg empfohlen, den Protestanten der Ortschaft Gietelhausen bei einer Übernahme der prot. Schule Neuburg a.D. als Gemeindeschule den gastweisen Besuch weiter zu gestatten. Eine andere Berechtigung war den Protestanten von Gietelhausen niemals zugestanden. Dafür spricht auch der Umstand, daß sie zu keinerlei Leistungen zum Unterhalt der Schule herangezogen wurden. Würden sie zum Schulsprengel gehört haben, dann hätten sie nach Verhältnis ihrer Steuern beitragen müssen.

Damit sind die nachträglichen Einwendungen der prot. Kirchenverwaltung Neuburg und des Gemeinderats Ried, "die prot. Kinder Gietelhausens, Gemeinde Ried, seien dem Sprengel der prot. Schule in Neuburg a.D. zugewiesen worden;" widerlegt.

Zur Würdigung der Beschlüsse des Stadtrates Neuburg a.D. vom 5./10. November und 22. Dezember 1919, dann 8. März und 14. Juni 1920 ist zu bemerken:

Die Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer des Innern, hat am 17. November 1919 Nr. I/56246 an den Stadtrat Neuburg folgende Entschliessung erlassen:

„Im Hinblick auf die Art. 33 und 34 des Schulbedarfsgesetzes vom 14. August 1919 besteht Anlass, die prot. Volksschule Neuburg a.D., deren Charakter zur Zeit nicht einwandfrei feststeht, förmlich als öffentliche Volksschule zu erklären.“

Hiezu hatte aber der Stadtrat Neuburg a.D. am 5. und 10. November 1919 im Sinne der Anordnung der Regierung bereits Beschlüsse gefasst. - Die bisherige prot. Bekenntnissonderschule in Neuburg a.D., zu welcher die Protestanten der Ortschaft Gietelhausen, polit. Gemeinde Ried, seit 1851 zugeteilt waren, wurde zufolge dieser Beschlüsse vom 1. Januar

am 1920 an, als öffentliche protestantische Volksschule der Stadt Neuburg a.D. erklärt und damit die bisher bestandene protestantische Bekenntnis-Sonderschule in eine öffentliche Gemeindeschule nach Massgabe der vom 1. Januar 1920 ab gültigen Bestimmungen des Schulbedarfsgesetzes vom 14. August 1919 der Stadtgemeinde Neuburg a.D. umgewandelt.

Der Stadtrat Neuburg a.D. hat in seinem Beschlusse vom 5. November 1919 ad III den Protestanten der Ortschaft Gietelhausen, obwohl dieselben mit der Stadt Neuburg a.D. nicht unmittelbar benachbart sind und 4,5 Kilometer weit entfernt davon liegen, den gastweisen Besuch dieser Schule in wider-ruflicher Weise weitergestattet und dafür von der Gemeindekasse Ried einen vertragsmassigen Zuschuss von jährlich 300 M zu dem sächlichen Bedarfe der Schule etc. verlangt.

Dazu war der Stadtrat Neuburg a.D. nach Art. 34 Abs. II des genannten Schulbedarfsgesetzes aber berechtigt, weil den Protestanten von Gietelhausen schon bisher, wie oben ausgeführt, unter Berücksichtigung der Raumverhältnisse der Schule nur ein gastweiser Besuch zugestanden war. Da in Bezug auf die Zulassung zum Besuche der neuen prot. Schule Gemeindeschule in Neuburg a.D. keine Änderung gegenüber den früheren Verhältnissen der Schule eingetreten ist, bestand zu einer Beschwerde kein Anlaß.

Die vom Stadtrate Neuburg a.D. von der Gemeinde Ried verlangte Beitragsleistung zum Unterhalte des sächlichen Bedarfes der prot. öffentlichen Volksschule in Neuburg mit jährlich 300 M und bei Neuanstellung einer weiteren Lehrkraft mit 500 M pro Jahr ist in der Kommissionssitzung vom 5. November 1919 von den Vertretern der Protestanten von Gietelhausen und des Gemeinderates Ried - wenn auch mit Vorbehalt - selbst in dieser Höhe festgesetzt worden und entspricht den gegenseitigen Steueransätzen und dem aufzuwendenden Bedarfe; sie ist auch durch die Bestimmungen der Art. 11, 12 und 34 des neuen Schulbedarfsgesetzes und § 11 der noch gültigen Verordnung vom 26. August 1883 begründet und zulässig. Die Bezirksschulbehörde findet sie als ausserordentlich entgegenkommend. Die Stadtgemeinde Neuburg a.D. erhebt keine besonderen Schulumlagen, sondern bestreitet den Aufwand für die Volksschulen durch entsprechende Zuschüsse von der Gemeindekasse zu den gesonderten Schulkassen.

Deshalb sind auch von der Gemeindekasse Ried ohne Rücksicht auf den Steueransatz und zur Minderung ihrer Gesamtumlagenpflicht nur Abfindungen in Form von Zuschüssen festgelegt worden. Für den Besuch der prot. Gemeindeschule in Neuburg a.D. durch die prot. Ortsbewohner von Gietelhausen will nun der Gemeinderat von Ried keinerlei Entschädigung an die prot. Schulkasse Neuburg leisten und begründet seine Ansicht mit dem Hinweis auf die vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus

unterm 20. August 1919 zu § 8 der Verordnung vom 1. August 1919 über die Errichtung der Volksschulen usw. erlassenen Erläuterungen und Vollzugsvorschriften, worin es heisst: "Für den Besuch einer Volksschule in einem benachbarten Gemeinde- oder Schulbezirk darf nur das gewöhnliche Schulgeld, wo solches noch erhoben wird, sonst aber keine besondere Entschädigung beansprucht werden." Diese Erläuterung deckt sich nicht mit § 8 Abs. I der vorbezeichneten Verordnung, die hierüber keine Bestimmung trifft und steht im Widerspruch mit Art. 77 des neuen Schulbedarfsgesetzes, wonach die Erhebung eines Schulgeldes unzulässig ist.

Im übrigen sind die Bestimmungen der Verordnung vom 1. August 1919 überhaupt nicht anwendbar, da die Rechtsgültigkeit dieser Verordnung nach bayer. Verfassungsrecht und nach der Reichsverfassung bestritten ist und deshalb der Vollzug ausgesetzt werden musste (s. Verordnung vom 22. 6. 20, K.M.A. Bl. S. 281/82.) Der Einwand des Gemeinderats Ried erweist sich also als rechtlich unbegründet.

Ob die vom Stadtrate Neuburg a.D. festgesetzte Abfindung angemessen ist und für die Protestanten von Gietelhausen auch die Lernmittel zu bestreiten sind, hat die vorgesetzte Behörde, nicht der Verwaltungsrichter, zu entscheiden. - Die Stellungnahme des Stadtrates Neuburg a.D. zur gegenwärtigen Streitsache ist sonach rechtlich begründet, jene der Beteiligten unbegründet.

Als beteiligt gelten: die prot. Kirchenverwaltung Neuburg a.D. und der Gemeinderat Ried als Vertreter der prot. Ortsbewohner von Gietelhausen.

Als fällig fallen die Kosten des Verfahrens den genannten Beteiligten gemeinsam zur Last; Gebühren bleiben ausser Ansatz.

In Anwendung des Gesetzes vom 8. August 1878, die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes x. betr., Art. 10 Ziff. 17, Verordnung vom 22. Januar 1815, allgemeine Bestimmung der Schulsprengelverhältnisse betr.

Ministerialentschliessung vom 4. September 1813, das wechselseitige Verhältnis der Schule und Pfarrsprengel betr., v. O. vom 17. Dezember 1825, die Formation x. der obersten Verwaltungsstellen in den Kreisen betr., § 19, 38, Abs. 2, 3 und § 50.

Gesetz, die Umlagen für Gemeindebedürfnisse betr., vom 22. Juli 1819, Art. V, Art. 43 der Gemeindeordnung und Art. 24 und 25 des Umlagengesetzes.

Verordnung vom 26. August 1883, die Errichtung der Volksschulen etc. betr.

Reichsverfassung Art. 145.

Schulbedarfsgesetz vom 14. August 1919 Art. 1, 11, 12 und 34 Abs. II.

Schliesslich wird konstatiert, dass zur heutigen Sitzung die sämtlichen Stadtratsmitglieder vorschriftsmässig geladen wurden und 2 wegen Verhinderung nicht erschienen sind.

Neuburg a.D., den 6. September 1920.

Stadtrat:

gez. Mayer

Nummer des Vortrags	Numer des Exhibit.	Referent	Gegenstand
8	4325		<p>Waldenbrunnungsweg des Herrn Majors Ralenstein</p>

Beschluß

II. Geheime Sitzung.

Beifolgende das ganze Major Kabenstein liefert vom
1. v. 1867. fort in der fünften Sitzung zur Kenntniss
gebracht.

Hertzberg nunmehr die in dem Schreiben angegebenen
 Gründe nicht als richtig, begründet anzuerkennen
 und beschließt einstimmig, den Ausspruch des Hertzberg
 selbst in Folge von d. S. M. abzuweisen. Der Hertzberg stellt
 sich dem Grundsatze, daß sowohl seitens der Regierung
 als auch von Seite des Hertzbergs nicht unterlassen
 werden, für Herrn Major Kückenstein eine geeignete
 Wohnung nachdrücklich zu suchen, und zwar mit Rücksicht
 auf die äußerst ungünstige Lage der Wohnung vor-
 zuziehen. Solange dieses nicht möglich war, dabei
 keine nicht unerheblich bleiben, daß dem Herrn
 Major Kückenstein eine geeignete Wohnung zur Verfügung gestellt
 (Abt. Carl und Peterhof) wird, aber sonstige aus-
 gesprochen werden.

Die Kegelung der Bohrung Pruzlagan seit, wie
früher in der Wäskinnigung und Bohrung von
H. Juni 1920 gedruckt war. konnte dadurch nicht
nachgewiesen werden, weil der Löffel der Gieß-
guss, in welchem man die Löffelige Löffel
der Bohrung im Hüttenwerk B. 141. Löffel unter

